



# iran-report

Nr. 01/2007

## ایران رپورت

### I. Innenpolitik

Wahlen in den Kommunen und für die Expertenversammlung / Große Schlappe für Radikalislamisten / Frauen bei den Kommunalwahlen / Protest gegen Unterdrückung an den Universitäten / Nieder mit der Despotie, skandierten die Studenten / Rigoros gegen Internet-Nutzer / Drei Bombenleger hingerichtet / Holocaust-Konferenz in Teheran

### II. Wirtschaft

Iran rechnet künftig in Euro statt in Dollar / Iran und China unterzeichnen Gasvertrag über 16 Milliarden Dollar / Eine Milliarde Dollar Anleihen für den Irak / Iran ist größter Abnehmer von Drogen aus Afghanistan / Frankreich ermittelt gegen Total / Österreich ermittelt gegen Grazer Exportfirma / Iran bietet Nachbarn Atomkooperation an / Kauf von 83 Passagierflugzeugen in Russland / Russland wird ab März Atombrennstoff an Iran liefern

### III. Außenpolitik

Resolution 1737: Sanktionen gegen Iran beschlossen / Reaktionen im In- und Ausland auf die Iran-Resolution / Brief Ahmadinedschads an das amerikanische Volk / US-Armee nimmt Iraner im Irak fest / Neue Kriegsschiffe in den Golf / Zibari: Iran soll seine Hilfen der irakischen Regierung direkt geben / Irak wirft Syrien und Iran Unterstützung von Extremisten vor / Konflikte zwischen Saudi-Arabien und Iran / Blair ruft zum Kampf gegen Radikale in Iran auf / Mottaki: Backer-Bericht zeigt Fehler der amerikanischen Irak-Politik / Bush lehnt direkte Gespräche mit Iran und Syrien ab / Ahmadinedschad ermuntert Hamas zum Kampf gegen Israel / Intellektuelle fordern Sanktionen und den Boykott Ahmadinedschads / Reaktionen auf Olmert's Atomwaffenäußerungen / Yad Vashem will Internetseiten auf Arabisch und Persisch anbieten



*Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.*

*Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.*

*Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 02/2007 Anfang Februar) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.*

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Januar 2007

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

6. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email [info@boell.de](mailto:info@boell.de)

[www.boell.de](http://www.boell.de)

## I. Innenpolitik

### Kommunalwahlen und Wahlen zur Expertenversammlung

Wahlen im islamischen Gottesstaat Iran sind eine Farce: Das Volk darf nur jene Kandidaten wählen, die der Wächterrat bzw. das Innenministerium für geeignet halten. Dennoch lassen sich aus den Wahlen am 15. Dezember bestimmte Schlussfolgerungen ziehen und Feststellungen über die politische Atmosphäre im Land treffen.

Überraschend war zunächst, wenn man den Angaben des Innenministeriums Glauben schenken darf, die hohe Wahlbeteiligung. Dass 63 Prozent der Wahlberechtigten an die Urnen gegangen sind, deutet darauf hin, dass die Wähler trotz der seit der Wahl Mahmud Ahmadinedschads zum Staatspräsidenten im Juli 2005 erlittenen Repressionen und der bedrückenden politischen Atmosphäre die Hoffnung auf eine Veränderung der Lage nicht aufgegeben haben. Im Gegenteil, die sich häufenden Streiks der Arbeiter, die Protestdemonstrationen der Studenten in den vergangenen Wochen und der Widerstand der Journalisten, Künstler und Schriftsteller machen deutlich, dass die iranische Zivilgesellschaft sich nicht ignorieren lässt. Es scheint, dass die Enttäuschung über die Reformer und der Schock über die Monopolisierung der Macht durch die Radikalisirten allmählich überwunden sind.

Zweitens bedeutet das Wahlergebnis eine saftige Ohrfeige für Ahmadinedschad und die Radikalisirten, die sowohl bei der Wahl der Expertenversammlung als auch bei den Kommunalwahlen eine herbe Niederlage einstecken mussten. Die Mehrheit der Wähler hat zwar, unterstützt von den Reformern, den angeblich moderaten Konservativen den Vorzug gegeben und einen Mann wie den korrupten Ex-Staatspräsidenten Haschemi Rafsandschani, der für zahlreiche Verbrechen im Land verantwortlich ist, an die Spitze der Expertenversammlung gesetzt. Aber bei den Kommunalwahlen haben eine ganze Reihe von liberalen Kandidaten, darunter auch ungewöhnlich viele Frauen, den Sieg davon getragen.

Schließlich lässt sich aus den Wahlen schlussfolgern, dass der Populismus Ahmadinedschads kurze Beine hat. Er hat es zwar vermocht, durch außenpoli-

tische Konflikte, durch Attacken gegen die USA und Israel eine Zeit lang von den brennenden Problemen des Landes abzulenken, aber immer mehr Menschen im Land, insbesondere die ärmeren Schichten merken, dass die Ankündigung, soziale Gerechtigkeit walten zu lassen, nichts als eine hohle Phrase war.

### Große Schlappe für Radikalisirten

Bei den Kommunalwahlen vom 15. Dezember haben die Radikalisirten um den Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad eine große Schlappe erlitten. Dasselbe gilt für die Wahl der Expertenversammlung, des Gremiums, das für die Wahl und Abwahl des Revolutionsführers zuständig ist. Gerade hier hat es im Vorfeld der Wahl zwischen dem Kandidaten der Regierung, Mohammad Taghi Mesbah Yazdi, der als ideologischer Ziehvater Ahmadinedschads und als ein äußerst radikaler Islamist gilt und Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandschani, der inzwischen angeblich zu den moderaten Konservativen zählt, einen erbitterten Kampf gegeben. Nach dem endgültigen Wahlergebnis hat Rafsandschani, der wohl auch von Teilen der Reformer unterstützt wurde, einen überraschenden Sieg errungen. Mit rund 1,5 Millionen Stimmen aus der Hauptstadt hat er sich an die Spitze gesetzt und seinen Konkurrenten Yazdi, der etwa halb soviel Stimmen erhielt, weit hinter sich gelassen. Yazdi landete auf Platz sechs.

Ähnlich sahen die Ergebnisse bei den Wahlen der Stadt- und Gemeinderäte aus. Am spannendsten war die Wahl in Teheran. Hier gab es einen offenen Schlagabtausch zwischen den Anhängern Ahmadinedschads und denen seines konservativen Kontrahenten, des amtierenden Bürgermeistermeisters Mohammad Ghalibaf, der bei der letzten Präsidentschaftswahl Ahmadinedschad unterlegen war. Auch die Reformer hatten sich trotz ihrer Differenzen mit einer einheitlichen Liste zur Wahl gestellt.

Die Wahl führte zu einem großen Sieg der Konservativen, aber auch die Reformer konnten überraschende Erfolge erzielen. Demgegenüber mussten die Anhänger der Regierung eine herbe Niederlage einstecken. Die ersten vier Sitze des fünfzehnköpfigen Teheraner Stadtrates gingen an die Konservativen, den fünften Sitz errang ein Re-

former, gefolgt wiederum von einem Konservativen. Die erste Kandidatin der Radikalen, die Schwester des Staatspräsidenten, landete auf dem achten Platz. Danach kamen der Reihe nach drei Reformer, zwei Konservative, ein Radikalislamist und ein Konservativer. Diese Niederlage für die Radikalislamisten fällt umso mehr auf, als sich das ganze Land auf die Wahl in der Hauptstadt konzentriert hatte und sie als Test für die Popularität Ahmadinedschads bewertete.

In anderen Städten schnitten die Anhänger der Regierung zum Teil noch schlechter ab. In Isfahan, Sari, Sandshah, Kerman und Bandarabbas konnten sie, laut Angaben der konservativen Internetzeitung „Baztab“, keinen einzigen ihrer Kandidaten durchsetzen, und in anderen Städten errangen sie im günstigsten Fall ein Drittel der Stimmen. Selbst in der Heiligen Stadt Ghom, der Hochburg der Islamisten, konnten sie nur 30 Prozent der Stimmen für sich verbuchen.

Überraschend war auch die Wahlbeteiligung, die nach offiziellen Angaben mit 63 Prozent fast doppelt so hoch lag als bei den letzten Kommunalwahlen. Dies gab dem Regierungschef Ahmadinedschad eine Gelegenheit, von seiner Niederlage abzulenken. Die Behauptung, die Wahlen seien ein Test für seine Politik gewesen, wies er als Propaganda der westlichen Presse zurück. „Das Volk hat gewonnen“, sagte er. Feinde des Irans hätten geglaubt, einen wunden Punkt gefunden zu haben, doch das iranische Volk habe der ganzen Welt seine Intelligenz und Größe gezeigt. „Die Teilnahme von über 28 Millionen Iranern an den Wahlen zeigt in erster Linie die nationale Solidarität und ist der beste Treibstoff für den Motor der zukünftigen Programme.“ Demgegenüber bezeichnete die größte Partei der Reformer, Moscharekat, das Ergebnis der Wahlen als eine eindeutige Absage an die „unfähige Regierung Ahmadinedschads“ und an die radikalen Kräfte, die die „Macht für sich monopolisieren wollen.“

Wie immer bei den Wahlen im Iran, gab es auch bei diesen Wahlen zahlreiche Manipulationsversuche. Insbesondere die Reformer warfen dem Innenministerium vor, dass in bestimmten Wahllokalen Wahlurnen verschwanden, Wahlbeobachtern der Zugang zu einigen Wahllokalen versperrt und die Auszählung der Stimmen immer wieder verzögert wurde.

### Frauen bei den Kommunalwahlen

Auffällig bei den Kommunalwahlen war, dass eine Reihe von Frauen in die Stadt- und Gemeinderäte gewählt wurden. Allein in Teheran wurden drei Frauen in den fünfzehnköpfigen Stadtrat gewählt. In den dreißig Provinzen Irans konnten 43 Frauen zum Teil mit den meisten Stimmen Zugang zu den Stadträten finden.

In der Stadt Hamedan, im Westen des Landes, konnte Mehrnusch Radjabi Raghob, eine Anwältin, Frauenrechtlerin und Mitglied einer regierungsunabhängigen Organisation, einen hohen Sieg für sich verbuchen. Eigentlich habe sie „dieses ganze Wahltheater“ nicht mitmachen wollen, sagte sie. Es sei ihr höchst unangenehm gewesen, ihr eigenes Portrait auf den Plakaten zu sehen. Dennoch habe sie für einen Sitz im Stadtrat kandidiert, damit erstens die NGOs größeren Einfluss bekommen und zweitens der gesellschaftliche Einfluss der Frauen für alle spürbarer werde. Sie habe, schreibt sie auf ihrer Internetseite (<http://noghtehsarekhat.blogspot.com>) während ihres Wahlkampfes auf populistische und falsche Ankündigungen verzichtet und den Wählern nur versprochen, ihr Sprachrohr zu sein. Daran werde sie sich halten.

In der im Süden gelegenen Großstadt Schiraz konnte die 25jährige Architektur-Studentin Fatemeh Huschmand die meisten Stimmen erringen. Sie gehört keiner Partei an, steht aber den Reformern nah. Wahlanalysen sehen in der Wahl Huschmands ein Zeichen dafür, dass die Jugend sich entschlossen habe, aktiv in die Politik einzugreifen. Huschmand selbst bestätigte, dass es ihr gelungen sei, vor allem junge Wähler zu mobilisieren. Gleichzeitig habe sie als Frau, auch die Unterstützung zahlreicher Frauen erhalten.

In der südwestlich gelegenen Stadt Ahwaz errang Arezu Babadi, Inhaberin eines Geschäfts für Kosmetikartikel, den zweiten Platz. Ihr Wahlslogan: „Aufrichtigkeit statt Lüge, Schmeichelei und Opportunismus“.

In der Stadt Sandjan, nordwestlich der Hauptstadt, setzte sich die 25jährige Samieh Sabetghadam an die Spitze der gewählten Stadtratsmitglieder. Sie ist Diplompsychologin und parteiunabhängig. Zwei weitere Frauen wurden in Zandjan in den Stadtrat gewählt.

Der konservative Geistliche Ayatollah Safi Golpaygani zeigte sich empört über den überraschenden Einzug der Frauen in die Politik. Es gäbe Versuche, Frauen in Bereiche zu treiben, die traditionell den Männern vorbehalten seien. „Die Anwesenheit der Frauen in Stadträten ist nicht richtig“, sagte er. „Was hat das für einen Sinn, wenn Frauen vier Jahre lang an Sitzungen mit Männern teilnehmen und mit ihnen konkurrieren?“ Die wichtigste, gottgefällige Aufgabe der Frauen sei die Arbeit im Haushalt und die Erziehung der Kinder. „Die Einmischung der Frauen in politische Angelegenheiten bringt Unordnung in die Gesellschaft.“

#### **Protest gegen Unterdrückung an den Universitäten**

542 politische Aktivisten, Menschenrechtler und Studenten haben einen offenen Brief unterzeichnet, der sich gegen Repressionen an Universitäten richtet. Nach einer verstärkten Militarisierung durch die Regierung seien die Universitäten heute mit einer massiven Welle von Repressionen konfrontiert, schreiben die Autoren. Als Gründe für den Leistungs- und Niveauverlust der Universitäten führen sie an: „zunehmende Niveaulosigkeit durch neues, unfähiges Lehrpersonal, Verhör von aktiven Studenten und Exmatrikulation von zahlreichen Studenten, Verbot von unabhängigen studentischen Publikationen, Säuberungen des Lehrpersonals von unabhängigen Professoren durch Entlassung oder Zwangspensionierung.“

Zahlreiche Studenten seien durch „Ordnungskomitees“ verurteilt, die Kontrollausschüsse zur Einstellung von Professoren und Aufnahme von Studenten seien reaktiviert worden. Unfähige Nichtakademiker seien im Leitungsstab mancher Universitäten aufgetaucht, die bisher übliche Wahl der Rektoren durch das Wissenschaftsgremium sei verhindert worden. Die Autonomie der Universitäten sei ebenso wie die Unabhängigkeit des Wissenschaftsbetriebs von der Regierung abgeschafft worden. Die Islamischen Studentenverbände, die älteste Vertretung der Studentenschaft, mussten ihre Aktivitäten einstellen. Zahlreichen Studenten sei die Fortsetzung ihres Studiums untersagt worden, einige seien in Haft genommen und im vergangenen Monat zwei Studenten getötet worden. Zu alle dem hätten die

Verantwortlichen keine Stellung genommen.

Die Unterzeichner zeigen sich über diese Entwicklung und deren Folgen für das Land äußerst besorgt und warnen, dass all die Einschränkungen, Repressionen und Drohungen niemals die Studenten zum Schweigen zwingen werden. Solche „despotischen Maßnahmen“ hätten im Gegenteil stets zum Widerstand und folglich größeren Einfluss der Universitäten auf die Gesellschaft geführt.

Die Wahrung des in der Verfassung verankerten allgemeinen Rechts auf Ausbildung gehöre zu den wichtigsten Pflichten der Regierung. Doch diese Pflicht werde seitens der gegenwärtigen Regierung eklatant missachtet. Die Repressionen, ideologischen Einmischungen und die ungleiche Behandlung seien nicht nur verfassungswidrig, sie widersprechen auch moralischen und religiösen Grundsätzen, sie richten sich gegen die Rechte der Bürger und sie verhindern die Entfaltung und Entwicklung der Begabungen. Gerade zu einer Zeit, in der das Land mehr als je zuvor auf Wissenschaft und Bildung angewiesen sei, würden solche Maßnahmen dem Land unverzeihliche Schäden zufügen, die sicherlich in der Geschichte als Schandflecke registriert werden würden.

„Wir fordern die Regierung auf, die eigene Macht nicht zu überschätzen und endlich darauf zu verzichten, noch mehr Schaden anzurichten“, heißt es am Schluss des offenen Briefs. „Lasst alle in Haft genommenen Studenten frei, hebt alle polizeistaatlichen Maßnahmen auf!“

#### **Nieder mit der Despotie, skandierten Studenten**

Am 6. Dezember, dem „Tag des Studenten“, folgten etwa dreitausend dem Aufruf des Vereins Tahkim-e Wahdat, der größten Studentenorganisation, zur Teilnahme an einer Protestkundgebung auf dem Campus der Teheraner Universität. Auf der Kundgebung sagte Armin Salmasi, Mitglied des Rats islamischen Studenten, an die Regierung gerichtet: „Sie haben unsere Professoren in den Ruhestand geschickt, zahlreiche Studenten an der Fortsetzung ihres Studiums gehindert, uns nicht nur Proteste, sondern sogar das freie Atmen verboten und unsere Universitäten in Militärgarnisonen verwandelt. Glaubt ja



nicht, dass unsere Geduld unerschöpflich ist, irgendwann wird das Fass überlaufen", warnte er.

Nilufar Golkar, Mitglied der Frauengruppe von Tahkim-e Wahdat, beklagte die zunehmenden Repressionen gegen Studentinnen. Frauen hätten nicht nur unter der Diktatur zu leiden, sondern auch unter der Despotie einer von Männern beherrschten Gesellschaft. Sie wehrte sich gegen verschärfte Kontrollen bezüglich der islamischen Kleiderordnung. Es sei eine Schande, die Aufnahme von Frauen an den Universitäten, Ausgangszeiten in Wohnheimen für Studentinnen und ihre Teilnahme am Sport- und Unterhaltungsveranstaltungen einzuschränken.

In Sprechchören skandierten die Studenten Parolen wie: „Nieder mit der Despotie“, „Das Volk will Brot und keine Bombe“, „Universitäten sind keine Garnisonen“. Gleichzeitig lehnten sie jede Einmischung des Auslands ab.

Wenige Tage später wurde Ahmadinedschad an der Technischen Universität in Teheran mit Buhrufen empfangen. „Tod dem Despoten“ skandierten die Studenten und unterbrachen immer wieder den Regierungschef bei seiner Rede. Und als der Präsident seine Fassung verlor und sie als von den USA gelenkte Provokateure bezeichnete, verbrannten sie sein Porträt und ließen einen Feuerwerkskörper krachen. Für den Populisten Ahmadinedschad war dieser Widerstand ein Schock. Er brach seine Rede ab, verließ die Universität, wollte jedoch das Ereignis, das seinem Image schadete, nicht auf sich beruhen lassen. Verständnis und Großzügigkeit vortäuschend, lud er Vertreter der Studenten zu einem Gespräch ein. Die Studenten lehnten ab.

„Sie hätten wissen sollen, dass ein Auftritt an der Universität nicht dem in der Provinz gleicht“, schrieben die Studenten in einem offenen Brief.

„Dort können Sie alles erzählen, hier müssen Sie Rede und Antwort stehen.“  
„Sie haben einmal gesagt: ‚Meine Regierung ist stolz, die politische Atmosphäre soweit geöffnet zu haben, wie noch nie in der Geschichte unseres Landes. Alle Menschen laufen frei herum, dennoch behaupten einige immer noch, es gäbe keine Freiheit, es gäbe Unterdrückung.‘ Sie haben Recht, Herr Präsident, die einzige Freiheit, die uns geblieben ist, ist das Herumlaufen.“

### Rigoros gegen Internet-Nutzer

Seit geraumer Zeit ist das Regime bemüht, das Internet, das vor allem für junge Iraner das einzige Tor zur Welt und Medium freier Meinungsäußerung ist, zu filtern. Die ersten Versuche scheiterten. Geräte, die für Millionen Dollar aus den USA eingeführt worden waren, sollten Internetseiten zensurieren. Die gewählten Schlüsselwörter, die als obszön, moralisch verwerflich oder politisch unzulässig eingestuft wurden und eine Blockierung auslösten, werden auch in medizinischen, soziologischen und anderen wissenschaftlichen Texten sowie nicht zuletzt – und noch wichtiger – in den Hetztiraden der Gottesmänner gegen die USA, Israel oder die Gegner im Inland verwendet. So fielen auch sie der Filterung zum Opfer. Nun scheint die Zensur doch neue Wege gefunden zu haben, „das Tor zur Welt“ zumindest ein Stück zu schließen. Wer heute in Teheran zum Beispiel versucht, sich ein YouTube-Video anzusehen, wird mit folgender Mitteilung beschieden: „Aufgrund der Gesetze der Islamischen Republik Iran ist der Zugriff auf diese Webseite nicht gestattet.“ Die gleiche lapidare Mitteilung erhalten auch Netz-Nutzer, die sich für Webseiten mit pornographischen Inhalten oder Seiten der Oppositionsorganisationen interessieren. Zensur sei im Iran „die Regel, nicht die Ausnahme“, erklärte Reporter ohne Grenzen. Schon im Oktober hatte die Organisation das Land als einen der 13 schlimmsten Internet-Zensoren der Welt gebrandmarkt. Iran entwickle sich mit seinen Kontrollbemühungen im Netz in Richtung China, hieß es in der Erklärung.

Anfang Dezember erließ die Regierung ein Gesetz, das einer Kriegserklärung an die Internet-Nutzer gleichkam. Demnach müssen alle Betreiber von Internet-Diensten und alle Weblogger innerhalb von zwei Monaten bei der Zensurbehörde eine Genehmigung einholen. Nach Ablauf dieser Frist gelten alle unangemeldeten Internetseiten als illegal, ihre Betreiber werden bestraft. Bestraft werden auch alle Internet-Nutzer, die die „Werte des Islam missachten, den Glauben und seine Heiligtümer beleidigen, die Sicherheit und Interessen des Staates beeinträchtigen, Staatsgeheimnisse preisgeben oder Wege empfehlen, um die Filterung von bestimmten Internet-Seiten zu umgehen“.



### **Drei Bombenleger hingerichtet**

Drei Männer wurden am 21. Dezember in Iran wegen einer Reihe von Bombenattentaten hingerichtet. Ein Gericht hatte die Angeklagten des Anschlags in der ölreichen Unruheprovinz Chusestan im vergangenen Jahr für schuldig befunden, berichtete die Regierungszeitung „Iran“. Bei einer Serie von Anschlügen in Chusestan waren 21 Menschen getötet worden. Seit April 2005 kam es in der überwiegend von arabisch sprechenden Menschen bewohnten Provinz immer wieder zu Protesten gegen die Zentralregierung in Teheran. Die drei erhängten Männer sollen in der südwestlichen Stadt Ahwas Bomben nahe des Gouverneursitzes sowie einer Bank gelegt haben. Insgesamt habe die Gruppe der Attentäter aus zehn Personen bestanden, schreibt die Zeitung.

Teheran hat vor allem Großbritannien beschuldigt, die Unruhen in Chusestan zu schüren. Die Provinz grenzt an den Südirak, an ein Gebiet, das unter der Kontrolle der britischen Besatzungsmacht steht. Die britische Regierung hat die Vorwürfe zurückgewiesen.

Etwas mehr als die Hälfte der 70 Millionen Iraner sind Perser, der Rest verteilt sich auf andere Volksgruppen wie Aseri, Kurden, Belutschen und Araber, wobei die Araber etwa 3 Prozent der iranischen Bevölkerung ausmachen. Da sich in der Provinz Chusestan die meisten Ölquellen Irans befinden, reagieren die Behörden auf Proteste in diesem Gebiet besonders empfindlich.

Auch in anderen Gebieten, in denen ethnische Minderheiten die Mehrheit der Bevölkerung stellen, wie in Kurdistan, Belutschistan und Aserbaidzhan nehmen Unruhen zu. Viele Indizien deuten darauf hin, dass die Unruhen tatsächlich auch von ausländischen Mächten geschürt werden.

### **Holocaust-Konferenz in Teheran**

Die Holocaust-Konferenz, die seit langem angekündigt war, fand am 11. und 12. Dezember in Teheran statt. „Wir wollen nur einen Teil der Geschichte im Zweiten Weltkrieg klarstellen, aber dafür werden wir vom Westen als Unterstützer der Nazis und als Antisemiten dargestellt“, sagte Außenminister Manchehr Mottaki, der die Konferenz eröffnete. Er bezeichnete die Konferenz

als ein Novum in der sachlichen Untersuchung des Holocaust, das zur Bildung einer Tatsachenfindungs-Kommission zu dem Thema führen könnte.

Presseberichten zufolge nahmen an der Konferenz auch acht Rabbis teil, sechs der jüdischen Geistlichen kamen aus den USA und zwei aus Österreich. Insgesamt nahmen an der Konferenz 67 ausländische Gäste aus dreißig Ländern teil, darunter mehrere europäische und islamische. Auch aus Deutschland waren Neonazis angereist. Namen gaben die Veranstalter nicht bekannt, „weil manchen der eingeladenen Gäste der Pass weggenommen wurde und dies den anderen nicht passieren soll“, sagte der stellvertretende Außenminister Manchehr Mohammadi.

Zum Abschluss der Konferenz gab Staatspräsident Ahmadinedschad einen Empfang für die ausländischen Teilnehmer, wobei er seine üblichen Attacken gegen Israel wiederholte. „Mit Gottes Segen hat der Zerfall des Staates Israel begonnen“, wie ehemals der der Sowjetunion, sagte er. Der Westen habe diesen Staat mit Hilfe des Holocaust erschaffen, jetzt müsse er abgeschafft werden, „damit wieder Frieden in die Welt einkehrt“.

Israels Ministerpräsident Olmert meinte, die Konferenz zeuge von dem „inakzeptablen Charakter des iranischen Regimes“, das eine Gefahr für die gesamte westliche Kultur sei. Ahmadinedschad verkörpere „einen Antisemitismus (...) der schlimmsten Art“, sagte Olmert. Es gebe nur eine Art und Weise, dem Politiker Ahmadinedschad zu begegnen: „Man muss ihn stoppen. Keinerlei Toleranz, ohne Geduld.“

Das Weiße Haus in Washington bezeichnete die Konferenz als „Perversion“. Das iranische Regime als Gastgeber versuche die historischen Fakten in Frage zu stellen und habe mit dem Treffen eine „Plattform für den Hass“ geschaffen, hieß es in einer in Washington veröffentlichten Regierungserklärung. Die „Versammlung von Holocaust-Leugnern“ in Teheran sei ein „Affront für die gesamte zivilisierte Welt und für die traditionellen iranischen Werte und die gegenseitige Achtung“.

## II. Wirtschaft

### **Iran rechnet künftig in Euro statt in Dollar**

Als Reaktion auf den zunehmenden Druck aus den USA wird Iran seinen Außenhandel von Dollar auf Euro umstellen. Vor allem die strategisch wichtigen Öleinnahmen sollen in der Währung der Europäischen Gemeinschaft berechnet werden, kündigte Regierungssprecher Gholam Hossein Elham am 18. Dezember in Teheran an. Die Öleinnahmen machen etwa 80 Prozent der gesamten iranischen Deviseneinnahmen aus.

Die Entscheidung hat sowohl politische als auch wirtschaftliche Gründe. Politisch soll mit der Maßnahme dem Ansehen und der Wirtschaft der USA Schaden zugefügt werden. Ökonomisch ist der Schritt damit zu erklären, dass der Dollar dem Euro gegenüber immer schwächer wird. Iran hat sein Öl bisher in Dollar verkauft, musste jedoch die meisten seiner importierten Waren, die zum größten Teil aus den EU-Ländern stammen, in Euro kaufen. Je schwächer der Dollar wurde, desto teurer wurden die eingeführten Waren. Das gilt nicht allein für Iran, sondern für alle Öl exportierenden Länder. Sollte sich der Trend fortsetzen, ist zu erwarten, dass auch andere Länder nachziehen.

Venezuela hat bereits angekündigt, möglicherweise dem Schritt Irans zu folgen. „Wir werden dies analysieren. Das ist sehr interessant“, sagte Energieminister Rafael Ramirez am 22. Dezember zu Journalisten auf die Frage, was er vom Vorgehen Irans halte. Sollten weitere Länder dem Beispiel Irans folgen, wäre dies ein enormer Schlag gegen die Wirtschaft der USA.

Ein zweiter ökonomischer Grund besteht darin, dass die USA ihre bisherigen Wirtschaftsmaßnahmen gegen Iran ungeachtet der Verhandlungen im UN-Sicherheitsrat bereits erweitert haben. Viele Banken, die unter amerikanischem Einfluss stehen, weigern sich, mit Iran Geschäfte zu machen.

„Die Regierung hat die Zentralbank angewiesen, den Dollar durch den Euro zu ersetzen, um die Probleme der Regierungsorgane im internationalen Handel und bei Warenkreditbriefen zu begrenzen“, sagte der Regierungssprecher. Er gab an, dass auch die Grundlage für die Berechnung des Staatshaushaltes umgestellt werde.

Der Schritt trägt natürlich zur Stärkung des Euro bei. In Brüssel übte man zunächst vornehme Zurückhaltung. „Es ist nicht sehr klar, was die iranische Regierung beabsichtigt“, sagte eine Sprecherin von EU-Währungskommissar Joaquin Alumina. „In Euro zu rechnen ist nicht dasselbe wie den Euro als Devisenreserve zu nutzen.“ Sie wollte laut AFP keinen Kommentar dazu geben, ob der Schritt Teherans eine Auswirkung auf die Wirtschaft der EU-Staaten haben könnte.

### **Iran und China unterzeichnen Gas-Vertrag über 16 Milliarden Dollar**

Iran und die chinesische Entwicklungsfirma CNNOOC haben einen Vertrag in Volumen von 16 Milliarden Dollar zur Ausbeutung des iranischen Gasfeldes Pars unterzeichnet. Dabei gehe es auch um den Aufbau einer Anlage zur Erdgas-Verflüssigung, berichtete der staatliche Rundfunk Irans am 20. Dezember. Demnach werde CNNOOC die Erschließung, Produktion und die Raffinerien finanzieren.

Wie ein führender PetroChina-Manager in Schanghai bestätigte, werde das staatliche iranische Gasunternehmen Nigec seine Firma mit flüssigem Erdgas beliefern. Einzelheiten nannte er aber nicht. Nach iranischen Presseberichten wird Nigec ab 2011 für 25 Jahre flüssiges Erdgas vom Feld Pars an PetroChina liefern.

Wie erwartet, hat die Vereinbarung in den USA negative Reaktionen ausgelöst. Thomas Lentus, Ausschussvorsitzender für internationale Beziehungen im US-Repräsentantenhaus, erklärte, man werde prüfen, inwieweit die Vereinbarung zwischen Peking und Teheran einen Verstoß gegen Boykottmaßnahmen gegen Iran darstelle. Die Chinesen sind der Meinung, dass die Vereinbarung bereits vor der Verabschiedung der UN-Resolution getroffen und daher zulässig sei.

### **Eine Milliarde Dollar Anleihen für den Irak**

Die Islamische Republik Iran hat dem Irak eine Anleihe in Höhe von einer Milliarde Dollar gewährt. Der Nachrichtenagentur „Mehr“ zufolge, erklärte Irans Wirtschaftsminister Davud Danesch Djafari, die Anleihe soll für



den Wiederaufbau Iraks in Bereichen, die beiderseitigen Interessen dienen, verwendet werden. Der Irak habe sich verpflichtet, bei infrastrukturellen Projekten, die mit Iran abgestimmt sind, iranische Unternehmen und Fachleute einzubeziehen.

Iraks Finanzminister Bagher Bayan al-Obeydi meinte, die Vereinbarung sei nach langen Verhandlungen der Staatsführung beider Staaten zustande gekommen. „Ohne Mithilfe der beiden Staatsoberhäupter hätten die Verhandlungen niemals zum Erfolg geführt“, sagte der Minister. Geplant seien unter anderem der Bau von Elektrizitätswerken, Straßen, Krankenhäusern, Schulen.

#### **Iran ist größter Abnehmer von Drogen aus Afghanistan**

Einem Bericht des Büros für Drogenkontrolle und Verbrechensbekämpfung der Vereinten Nationen (UNODC) zufolge, ist Iran der größte Abnehmer von Drogen aus Afghanistan. Dies erklärte Doris Buddenberg, Beauftragte des UNODC in Afghanistan vor Journalisten in Kabul. Dabei ließ sie offen, ob die importierten Drogen in Iran verkauft oder nach Europa oder in die USA exportiert werden. Die Wüstenlandschaft in den Grenzgebieten sei für den Drogenschmuggel äußerst günstig. An zweiter Stelle in der Reihe der Abnehmer stehe Pakistan gefolgt von Europa. Hier sei der Absatzmarkt in Großbritannien am größten, danach kämen Italien, Spanien und Deutschland.

2006 wurden nach Angaben von Doris Buddenberg 6100 Tonnen Drogen produziert. Diese Menge sei mehr als der internationale Gesamtverbrauch im Jahr 2005. Demnach müsste die Überproduktion von rund 1500 Tonnen in Afghanistan gelagert worden sein, um im kommenden Jahr verkauft zu werden oder der internationale Gesamtverbrauch sei enorm angestiegen.

Bedauerlicherweise sei man in Afghanistan der Meinung, dass die Produktion von Drogen für die Wirtschaft des Landes nützlich sei, sagte Buddenberg. Dabei hätte eine eingehende Untersuchung festgestellt, dass lediglich 25 Prozent der Einnahmen den afghanischen Bauern zugute kämen. Der größte Teil des Gewinns werde von internationalen Schmuggelbanden kassiert. Insgesamt betrügen die Einnahmen 3,1 Milliarden US-Dollar, davon erhielten die afgha-

nischen Bauern weniger als 800 Millionen.

Nach Angaben der afghanischen Regierung liegt die Zahl der Drogensüchtigen in Afghanistan bei 920 000. Die UNODC hat festgestellt, dass die Anbaufläche für Drogen 2006 um 59 Prozent zugenommen und gegenwärtig eine Gesamtfläche von 165 000 Hektar erreicht habe. Rund drei Millionen der 24,2 Millionen zählenden Bevölkerung Afghanistans deckten ihren Lebensunterhalt mit dem Drogenanbau. Alle Bemühungen der Vereinten Nationen und der Besatzungsmächte, die Drogenproduktion zu reduzieren, sind fehlgeschlagen.

#### **Frankreich ermittelt gegen Total**

Die französische Justiz hat am 19. Dezember ein Ermittlungsverfahren gegen den Ölkonzern Total eingeleitet. Es geht um den Verdacht der Bestechung in einem Gasgeschäft im Iran. Das Verfahren zum Missbrauch von Gesellschaftsvermögen und zur Bestechung ausländischer Beamter richte sich gegen Unbekannt, verlautete aus Justizkreisen in Paris. Konkret geht es um die Nutzung eines Gasvorkommens im Zeitraum von 1996 bis 2003. Total wird dabei vorgeworfen, über die Schweiz illegale Zahlungen geleistet zu haben, um den Zuschlag für das Projekt zu bekommen. Ziel soll unter anderem ein Mitglied der Familie des ehemaligen iranischen Staatspräsidenten Akbar Haschemi Rafsandschani gewesen sein. An dem Großprojekt waren neben Total auch der russische Gasprom-Konzern und eine iranische Gesellschaft beteiligt.

Zwei Ermittlungsrichter wurden mit dem Fall betraut. Einer von ihnen hatte schon Anfang 2006 in der Sache ein Rechtshilfeersuchen an die Schweiz gestellt. Zudem war Ende März eine Durchsuchung des Total-Sitzes in Paris erfolgt. Die dort erhaltenen Informationen konnten jedoch nicht verwendet werden, weil Total dies aus Gründen „des Schutzes fundamentaler nationaler Interessen“ verweigerte. Nach Angaben aus französischen Justizkreisen haben die Schweizer Behörden ein Verfahren wegen Geldwäsche eröffnet, nachdem auf zwei Bankkonten umgerechnet rund 60 Millionen Euro entdeckt worden waren. Die Konten liefen über einen Vermittler, der die Kommissionen weiter in den Iran geleitet haben soll.

Die Schweiz hatte im Mai ihren Ermittlungsstand nach Paris übermittelt. Unter dem Beweismaterial befinden sich in Norwegen abgehörte Telefongespräche zu einer anderen Affäre, die den dortigen Ölkonzern Statoil betrifft. Es handelt sich um denselben Vermittler in der Schweiz, der auch für Total tätig gewesen sein soll.

#### **Ermittlungen gegen Grazer Firma**

Einer Meldung der Agentur Reuters vom 15. Dezember zufolge, berichtete der österreichische Staatsanwalt Manfred Kammerer, die österreichische Justiz ermittle gegen eine Grazer Firma wegen verbotener Exporte von Bauteilen nach Iran. Diese technische Ausrüstung könne auch beim Bau von Atomwaffen zum Einsatz kommen, sagte der Staatsanwalt.

Das Familienunternehmen Daniel Frosch (DFE) vertreibt weltweit technisches Zubehör. Erich Frosch, der Vater des Firmengründers, sei seit August in Haft, sagte Kammerer. Er stehe im Verdacht der Beihilfe zur Herstellung und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Daniel Frosch habe zuvor seinen Firmensitz nach Dubai verlegt, nachdem er vom österreichischen Wirtschaftsministerium mehrmals wegen der Iran-Geschäfte seines Unternehmens verwarnt worden sei, sagte Kammerer. Der 24jährige befinde sich weiter in Dubai.

Der Anwalt der Familie Frosch, Gerald Ruhri, bezeichnete die Vorwürfe gegen seine Mandanten als haltlos. „Tatsache ist, dass Geschäfte mit iranischen Unternehmen stattgefunden haben“, erklärte er. „Es wurden dort Geräte und Bauteile hingeliefert, die zivile Verwendungsmöglichkeiten haben.“ Alle Ausfuhren stünden in Übereinstimmung mit dem Außenhandelsgesetz.

#### **Iran bietet Nachbarn Atomkooperation an**

Allen Sanktionsdrohungen zum Trotz hat Iran arabischen Nachbarstaaten angeboten, sein nukleares Wissen mit ihnen zu teilen. Wie das iranische Staatsfernsehen am 16. Dezember berichtete, hat Präsident Ahmadinedschad einem kuwaitischen Sondergesandten eine entsprechende Offerte zur friedlichen Nutzung der Atomtechnologie unterbreitet.

Wenige Tage zuvor hatten Kuwait und die übrigen fünf Mitglieder des Golfkooperationsrats (GCC) beschlossen, den Aufbau eines gemeinsamen zivilen Atomprogramms zu prüfen. Seit geraumer Zeit nimmt in den arabischen Staaten die Befürchtung zu, Irans Atomprogramm könnte zu einem atomaren Wettrüsten in der Region führen. Zum GCC gehören neben Kuwait auch Saudi-Arabien, Katar, Bahrain, Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate.

#### **Kauf von 83 Passagierflugzeugen aus Russland**

Einem Zeitungsbericht zufolge, hegt Iran die Absicht, in den kommenden Jahren 83 Passagierflugzeuge aus Russland zu kaufen. Entsprechende Absichtsprotokolle seien bei einem Besuch von Fachleuten des russischen Flugzeugbauers KAPO (aus Kasan, Republik Tatarstan) und des Konstruktorsbüros Tupolew in Teheran unterzeichnet worden, berichtete die Moskauer Zeitung „Moskowskije Nowosti“ am 15. Dezember unter Berufung auf Delegationsmitglieder. Es handele sich um 28 Mittelstreckenmaschinen des Typs Tupolew Tu-214 und 55 Kurzstreckenflugzeuge neuer Generationen vom Typ Tu-334.

Bislang hätten 15 iranische Fluggesellschaften Interesse an russischen Maschinen gezeigt. Teheran wolle die neuen Tu-334-Flugzeuge künftig auch in Lizenz bauen, schrieb das Blatt. Die russischen Flugzeugbauer stecken wegen mangelnder Aufträge in einer Dauerkrise. Im vergangenen Jahr wurden nach Angaben der nationalen russischen Verkehrsaufsichtsbehörde insgesamt sieben Passagiermaschinen gebaut.

#### **Russland wird ab März Atombrennstoff an Iran liefern**

Der noch im Bau befindliche iranische Atomreaktor in Buschihr soll ab kommenden März mit Brennstoff aus Russland versorgt werden. Die Vorbereitung für die Lieferungen solle im Januar beginnen, sagte der Präsident des Unternehmens, Sergej Schmatko, nach Angaben der russischen Nachrichtenagentur RIA am 12. Dezember in Teheran mit. Schmatko fügte hinzu, er rechne mit einer termingerechten Fertigstellung des Reaktors. Das Kraftwerk soll im September 2007 fertig gestellt sein und einen Monat später Strom liefern.



Ob der Reaktor tatsächlich 2007 fertig gestellt wird, ist fraglich. Denn russische Ingenieure haben bisher schon oft Termine genannt, diese jedoch unter verschiedenen Vorwänden verschoben. Nach der bislang letzten Vereinbarung, die am 26. September getroffen wurde, soll der Reaktor im kommenden Herbst in Betrieb genommen werden, doch nun reden die Russen wieder von neuen Problemen, die dieses Mal bezüglich der Finanzierung des Projekts aufgetaucht sein sollen. Iran sei bei der Leistung seiner finanziellen Verpflichtungen im Verzug, sagte Schmatko. Bisher seien 900 Millionen Dollar und im Dezember 2006 weitere 22 Millionen Dollar gezahlt worden. Um den Reaktor termingerecht fertig stellen zu können, müsse Iran monatlich 20 bis 25 Millionen Dollar zahlen.

Demgegenüber behauptet Teheran, den Vertrag korrekt eingehalten zu haben. „Dennoch sind wir bereit, der Baufirma bei der Lösung finanzieller Probleme behilflich zu sein“, nicht aus Pflicht, sondern freiwillig“, sagte Gholamreza Aghazadeh, Direktor der iranischen Atombehörde. Auf die Frage, was geschehen würde, wenn die Russen, wie schon so oft, den Termin nicht einhalten würden, sagte Aghazadeh: „Dann wird es einen weiteren Eintrag in ihrer Akte geben“.

### III. Außenpolitik

#### UN-Resolution 1737: Sanktionen gegen Iran beschlossen

Am 23. Dezember hat der UN-Sicherheitsrat im iranischen Atomkonflikt einstimmig eine Resolution verabschiedet, die Sanktionen gegen Iran vorsieht. Hier die wichtigsten Punkte der Resolution 1737:

**Zeitraum:** Iran muss umgehend sämtliche atomaren Aktivitäten einstellen, die zur Weiterverbreitung von Atomwaffen führen könnten, auch die Forschung und Entwicklung in diesem Bereich. Dasselbe gilt für die Arbeit an Projekten im Zusammenhang mit Schwerwasserreaktoren. Die Internationale Atombehörde (IAEA) soll innerhalb von sechzig Tagen prüfen, ob Iran den Forderungen nachgekommen ist. Sollte dies nicht der Fall sein, soll der UN-Sicherheitsrat weitere Maßnahmen gemäß Artikel 41, Kapitel 7, beschließen. Dieses Kapitel der UN-Charta schließt militärische Strafmaßnahmen aus.

**Handelssanktionen:** Die UN-Mitgliedsstaaten werden verpflichtet, direkte und indirekte Lieferungen an Iran, den Verkauf oder Transfer von Material, Ausrüstung, Gütern und Technologie, die zum Atom- und Raketenprogramm des Landes beitragen könnten, zu unterbinden.

**Reisebeschränkungen:** Die UN-Mitgliedsstaaten müssen ein Komitee des Sicherheitsrates über Reisen von zwölf namentlich aufgelisteten Verantwortlichen des iranischen Atom- und Raketenprogramms informieren.

**Finanzaktionen:** Die UN-Mitgliedsstaaten müssen umgehend alle Geldmittel, Finanzguthaben und anderen wirtschaftlichen Ressourcen auf ihrem Gebiet einfrieren, wenn diese direkt oder indirekt mit dem Atom- oder Raketenprogramm Irans in Verbindung stehen.

**Sanktionen im Bildungsbereich:** Die Ausbildung iranischer Staatsbürger wird in solchen Bereichen untersagt, die für das Atom- und Raketenprogramm genutzt werden könnten.

## Reaktionen im In- und Ausland auf die Iran-Resolution

Ausländische Regierungen haben zumeist positiv auf die Iran-Resolution reagiert, betonten jedoch zugleich, dass der Weg der Verhandlungen weiterhin offen sei. Deutschlands Außenminister Frank-Walter Steinmeier meinte, die einstimmig verabschiedete Resolution sei ein wichtiges Signal der Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft. „Ich fordere den Iran eindringlich auf, die Resolution des Sicherheitsrats zu befolgen, um den Weg für die Aufnahme von Verhandlungen freizumachen“, sagte der Minister. Deutschland werde mit seinen Partnern beharrlich auf eine diplomatische Lösung der iranischen Nuklearfrage hinarbeiten. Das Angebot der fünf Veto-mächte und Deutschlands vom Juni bleibe auf dem Tisch.

Israel nannte die Resolution einen wichtigen Schritt in den Bemühungen, iranische Atomwaffen zu verhindern. Auch die USA äußerten ihre Zufriedenheit, forderten jedoch die EU und Japan zu weiter gehenden Sanktionen auf. Man müsse Iran spüren lassen, welche hohen Kosten das Nichteinlenken verursache, sagte Nicholas Burns, Staatssekretär im US-Außenministerium. Er warnte die Führung in Teheran vor einer Überreaktion. Sollten die Inspektoren der Internationalen Atombehörde (IAEA) ausgewiesen werden, würde das nur den Verdacht erhärten, dass Iran nach Atomwaffen strebe.

Im Iran fielen die Reaktionen unterschiedlich aus. Unmittelbar nach der Verabschiedung wies Irans Außenministerium die Resolution zurück und nannte sie juristisch nicht haltbar. Sie gehe über die Befugnisse des UN-Sicherheitsrats hinaus und sei deshalb ungültig. Iran werde weiterhin an seinem Atomprogramm festhalten. „Die neue Resolution wird kein Hindernis auf dem Weg des iranischen nuklearen Fortschritts sein“, hieß es in der Stellungnahme. Das Außenministerium warf den USA und Großbritannien vor, den UN-Sicherheitsrat für eigene Interessen zu instrumentalisieren. Die Resolution verstärke das Misstrauen Irans gegen die Politik dieser beiden Länder, die strategisch eine „Bedrohung der Sicherheit und Souveränität unseres Landes“ darstelle.

Auch Staatspräsident Ahmadinedschad betonte, sein Land werde an seinem A-

tomprogramm festhalten. Der Westen müsse sich daran gewöhnen, dass Iran eine Atommacht sei, sagte er bei einer Rede am 24. Dezember in Teheran. Es sei auch im Interesse des Westens, sich mit Iran zu arrangieren. Die UN-Resolution bezeichnete er als „ein zerrissenes Papier“, mit dem der Westen die Einheit Irans untergraben wolle.

Zuvor hatte Irans Chefunterhändler Ali Laridschani in einem Zeitungsinterview angekündigt, sein Land werde sofort seine Uran-Anreicherung mit der Installation von 3000 Zentrifugen in der Nuklearanlage in Natans vorantreiben.

Vier Tage nach der Verabschiedung der Resolution forderte das Parlament in Teheran die „Überprüfung“ der Zusammenarbeit mit der Internationalen Atombehörde. In einem einstimmig verabschiedeten Gesetz wurde die Regierung aufgefordert, die Kooperation mit der Atombehörde „auf der Grundlage der iranischen Interessen“ zu überprüfen und die Arbeit an den friedlichen Atomprojekten zu beschleunigen. Das Gesetz erhielt umgehend die Zustimmung des Wächterrats.

Es gab aber auch gewichtige Stimmen, die die Regierung vor harten Reaktionen warnten. Hasan Rohani, der bis zur Wahl von Ahmadinedschad Chefunterhändler im Atomkonflikt war, hat die Regierung in ungewöhnlich offener Form kritisiert. „Wenn Teheran angemessen reagiert hätte, würde der Fall heute nicht beim UN-Sicherheitsrat liegen“, sagte er. Nun sollten sich diejenigen rechtfertigen, die die Situation falsch eingeschätzt hätten.

Ein Bruder von Ex-Präsident Haschemi Rafsandschani, Mohammad Haschemi, sagte der Zeitung „Kargosaran“: „Seit einem Jahr ist eine neue Regierung im Amt, und Sanktionen und Resolutionen wurden gegen Iran verabschiedet“. Die iranische Führung sei immer davon überzeugt gewesen, dass die USA im UN-Sicherheitsrat keine Resolution zum Atomstreit durchsetzen könnten. „Leider haben die Vereinigten Staaten alle ihre Ziele erreicht.“ Um Iran vor einer Krise zu bewahren, müsse das Land nun auf „kompetente und moderate“ Menschen zurückgreifen, sagte Haschemi.

Ein früheres Mitglied des iranischen Verhandlungsteams, Hossein Mussavian, empfahl der iranischen Führung „Flexibilität, Vorsicht und Geduld“, um

„Vertrauen zu schaffen“ und „Unklarheiten“ auszuräumen. Der Ex-Diplomat Ali Chorram nannte die Lage gefährlich. Der UN-Sicherheitsrat habe Iran in eine Reihe mit Nordkorea eingestuft, das Atomwaffen besitze. Er kritisierte das vom Parlament verabschiedete Gesetz. Falls Iran UN-Inspektionen in seinen Anlagen verhindern, würde dies von den UN-Sicherheitsmitgliedern kritisch aufgenommen werden. Iran müsse sich dann auf eine „Reaktion“ der Ratsmitglieder gefasst machen.

Einige prominente Mitglieder der liberal-islamischen Gruppe der „National-Religiösen“ schrieb in einem offenen Brief: „Die friedliche Nutzung der Atomenergie gehört unzweifelhaft zu den Rechten unseres Volkes.“ Aber das Volk habe auch andere Rechte, diese würden permanent missachtet. Dazu gehöre auch, dass das Volk an wichtigen Entscheidungen direkt beteiligt werde. Heute werde Iran wegen des Atomkonflikts von außen bedroht. Es gehöre zu den in der Verfassung verankerten Rechten, dass das Volk zwischen der Möglichkeit, Sanktionen ausgesetzt zu werden, gar einen Krieg erdulden zu müssen oder Kompromisse einzugehen, frei wählen könne.

#### **Brief Ahmadinedschads an das amerikanische Volk**

Nachdem die Briefe des iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad an Präsident George W. Bush, Bundeskanzlerin Angela Merkel und den italienischen Ministerpräsidenten Romano Prodi unbeantwortet geblieben sind, wandte sich der Regierungschef dieses Mal an das amerikanische Volk. Dieser Brief, schrieb er, wäre nicht nötig, wenn die USA nicht in der Region Kriege geführt und sich direkt in die Angelegenheiten anderer Länder eingemischt hätten und wenn die amerikanische Regierung ihrem eigenen Volk Informationen über die Folgen dieser Einmischung nicht vorenthalten würde.

Zwar habe das Schicksal die beiden Länder USA und Iran voneinander weit entfernt, doch gleichzeitig hätten menschliche Werte die beiden Völker einander näher gebracht. Beide Völker seien gottesfürchtig, sie achten „die Gerechtigkeit und die menschliche Ehre“.

„Wir haben stets allen Völkern die Hand zur Freundschaft gereicht“ schreibt Ahmadinedschad. „Hunderttausende meiner Landsleute leben in Frieden und Freundschaft mit Ihnen in Ihrem Land. Die meisten von ihnen leisten wertvolle Dienste. Wir haben gemeinsame Probleme und leiden gemeinsam unter den schlimmen Ereignissen unserer Welt. Die zionistische Regierung lässt vor laufenden Kameras und vor aller Augen der Welt auf wehrlose Menschen schießen und ihre Häuser zerstören ...“

In den vergangenen sechzig Jahren seien Millionen Palästinenser vertrieben worden. Viele seien in den Flüchtlingslagern gestorben. „Ihnen ist wohl bekannt, dass Ihre Regierung das zionistische Regime unterstützt und durch ihr Vetorecht im UN-Sicherheitsrat die Verurteilung dieses Regimes verhindert hat.“

Im Irak seien bisher mehr als 150 tausend Menschen getötet und hunderttausende vertrieben worden. Die USA hätten Lügen über den angeblichen Besitz Iraks an Nuklearwaffen verbreitet und das ganze Land zerstört. Ein Wiederaufbau habe bis heute nicht stattgefunden. 150 tausend amerikanische Soldaten hielten sich im Irak auf, zahlreiche Soldaten hätten den Tod gefunden. „Ihre Eltern und Verwandten und auch die Soldaten selbst stellen sich immer wieder die Frage, was sie in einem Land, das tausende Kilometer von ihrer Heimat entfernt liegt, zu suchen haben. Ich zweifle daran, dass Sie mit diesem Waffengang, der Sie Milliarden kostet, einverstanden sein könnten.“

Ahmadinedschad erwähnt die Folterungen der Gefangenen und die Einschränkungen demokratischer Rechte, die unter dem Vorwand des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus erfolgt sind. Er sei sicher, dass das amerikanische Volk diesen Rechtsbrüchen nicht zustimme. Doch die US-Regierung kümmere sich weder um die Meinung des eigenen Volkes noch um die internationaler Institutionen. Das amerikanische Volk habe bei den Wahlen des Senats und des Repräsentantenhauses deutlich gezeigt, dass es diese Politik nicht unterstützen wolle.

Er, Ahmadinedschad, wolle jetzt nicht alle Probleme benennen, doch er wolle vorschlagen, dass das Recht der Palästinenser, in der eigenen Heimat frei leben zu können, anerkannt werde, dass

die amerikanischen Soldaten in ihr Land zurückkehren und die Kriegsausgaben für das Wohl des amerikanischen Volkes eingesetzt werden.

Der Sprecher des US-Außenministeriums, Tom Casey, bezeichnete den Brief als PR-Manöver der iranischen Regierung. Es sei eine Schande, dass Ahmadinedschad dem Volk in seinem eigenen Land nicht erlaube, eine freie und offene Debatte über politische Fragen zu führen.

Das Briefeschreiben scheint für Ahmadinedschad zu einem Ritual geworden zu sein. Den bisher letzten Brief schrieb er Mitte Dezember an den Papst. Über dessen Inhalt ist nichts bekannt.

#### **US-Armee nimmt Iraner im Irak fest**

Am 25. Dezember berichtete die New York Times, US-Soldaten hätten bei einer Razzia im Irak vier hochrangige iranische Militärberater festgenommen. Die vier Iraner sollen in Anschläge auf irakische Sicherheitskräfte verwickelt sein. Die Soldaten hätten „eine Menge Material“ sichergestellt. Bei der Razzia seien auch zwei Diplomaten festgenommen worden. Diese seien jedoch den irakischen Behörden übergeben und danach freigelassen worden.

Das Weiße Haus bestätigte die Festnahmen. Die US-Behörden hätten Ermittlungen aufgenommen, um herauszufinden, welchen Aktivitäten die Festgenommenen nachgegangen seien, sagte ein Sprecher des Weißen Hauses, Alex Conant. Er habe den Verdacht, dass die Untersuchung die Einschätzung der US-Behörden bestätigen werde, wonach Iran sich (in Angelegenheiten Iraks) einmische, doch müssten die Ermittlungen vor einer abschließenden Bewertung erst abgeschlossen werden.

Teheran protestierte postwendend gegen die Festnahmen. Die Festnahme der Offiziere sei rechtswidrig und nicht in Übereinstimmung mit weltweit gültigen Regeln, sagte der iranische Außenamtssprecher Mohammad Ali Hosseini. Die irakische Regierung habe die Iraner eingeladen und sei für ihre Freilassung verantwortlich. Laut der Nachrichtenagentur Mehr bestellte das Außenministerium den Schweizer Botschafter ein, der im Iran auch die Interessen der Vereinigten Staaten vertritt, um förmlich gegen die Festnahmen zu protestieren.

Zuvor hatte sich die irakische Regierung „unzufrieden“ über die Festnahmen geäußert. Der irakische Präsident Dschalal Talabani habe die Iraner selbst bei seinem Besuch vorigen Monat in Teheran im Rahmen eines Sicherheitsprogramms zwischen den beiden Ländern nach Bagdad eingeladen, sagte der Sprecher des Präsidenten Hiwa Osman.

Nach letzten Informationen sind die Iraner inzwischen freigelassen worden.

#### **Neue Kriegsschiffe in den Golf**

Die Festnahmen iranischer Diplomaten und Offiziere durch die US-Armee im Irak gewinnen erst im Kontext der jüngsten Ereignisse ihre tatsächliche Bedeutung. Am 23. Dezember wurden auf Drängen der USA Sanktionen gegen Iran beschlossen. Unmittelbar danach forderte Washington die Europäische Union und Japan zu weiteren Strafmaßnahmen auf: Exportkredite sollen eingeschränkt, Waffenexporte ganz eingestellt und Verträge über den Import von iranischem Erdöl nicht unterzeichnet werden. Neben diesen Sanktionsdrohungen sollen laut New York Times zusätzliche Kriegsschiffe in die Golfregion geschickt werden. US-Verteidigungsminister Robert Gates werde vermutlich der Forderung von Kommandeuren zur Entsendung eines zweiten Flugzeugträgers und zusätzlicher Schiffe entsprechen, schrieb die Zeitung am 21. Dezember. Die Schiffe sollen Anfang des Jahres in geringer Distanz von Iran stationiert werden. Auch wenn die Entsendung nicht Teil von Vorbereitungen für eine Militäroffensive sei, sei Regierungskreisen bewusst, dass Iran die Stationierung als Provokation empfinden könnte.

All dies deutet darauf hin, dass die Bush-Regierung entschlossen ist, allen Empfehlungen der Backer-Kommission zum Trotz, den bisherigen Konfrontationskurs gegen den Iran fortzusetzen.

Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad und die Radikalismlisten um ihn können aufatmen. Denn mit Recht hegten sie die Befürchtung, dass eine versöhnliche Politik seitens der USA zu ihrer Isolierung im eigenen Land führen würde. Auch die große Schlappe, die sie bei den Kommunalwahlen am 15. Dezember einstecken mussten, ist durch die Sanktionsbeschlüsse und Drohungen



aus Washington und London in den Hintergrund gedrängt worden. Nun kann sich Ahmadinedschad wieder als Retter des Vaterlands und des Islam aufspielen.

#### **Zibari: Iran soll seine Hilfen direkt an irakische Regierung geben**

Iraks Außenminister Hoschiar Zibari forderte Iran auf, seine Hilfsleistungen an den Irak direkt der Regierung zukommen zu lassen. Der Außenminister, der in Begleitung des irakischen Staatspräsidenten Dschalal Talabani am 27. November Iran besucht hatte, erklärte vor der Presse, ein Misserfolg der gegenwärtigen Regierung in Bagdad würde verheerende Folgen haben. Iran müsse alles unternehmen, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Teheran solle, statt die irakischen Schiiten zu unterstützen, seine gesamte Hilfe der Regierung zur Verfügung stellen.

Talebani hatte bei seinem Besuch in Teheran unter anderem mit Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad und Revolutionsführer Ali Chamenei Gespräche geführt. Beide Gesprächspartner beteuerten die Bereitschaft ihres Landes, Irak bei der Überwindung der Krise zu unterstützen. Zugleich betonten beide die Notwendigkeit des Abzugs der Besatzungsmächte aus dem Irak.

#### **Irak wirft Syrien und Iran Unterstützung von Extremisten vor**

Der Irak hat seine Nachbarländer Syrien und Iran beschuldigt, bewusst Extremisten über die Grenzen durchsickern zu lassen. „Neunzig Prozent der Selbstmordattentäter landen tatsächlich am Flughafen Damaskus und danach verschwinden sie und überqueren die Grenze zum Irak“, sagte der Nationale Sicherheitsberater des Landes, Mowafak al-Rubai, in Bahrain. „Unsere Nachbarn sind keine Hilfe.“ Syrien und Iran haben dergleichen Vorwürfe stets zurückgewiesen.

#### **Konflikte zwischen Saudi-Arabien und Iran**

Nawaf Obeyd, Sicherheitsberater der saudischen Regierung, erklärte in einem Artikel für die Washington Post, sollten die USA ihre Truppen aus dem Irak abziehen, werde seine Regierung sunnitische Gruppe finanziell und mi-

litärisch unterstützen. Bisher habe der saudische König Abdullah dem Druck der Sunniten, die Gruppen im Irak zu unterstützen, nicht nachgegeben. Doch mit einem möglichen Abzug der amerikanischen Truppen würde ein Machtvakuum entstehen, das sich Iran zunutze machen könnte. Dies werde Saudi-Arabien nicht zulassen. Zudem habe sein Land die Möglichkeit, durch die Steigerung seiner Ölproduktion den Ölpreis zu drücken und damit Iran in eine missliche Lage zu bringen. Nawaf bezeichnete seine Äußerungen als seine persönliche Meinung, die nicht unbedingt mit der offiziellen Position der saudischen Regierung identisch sei. Dennoch gewinnen diese Äußerungen an Bedeutung, wenn man in Betracht zieht, dass der Artikel wenige Tage vor dem Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Dick Cheney in Saudi-Arabien erschien.

Laut einem Bericht der Washington Post vom 13. Dezember habe Saudi-Arabien beim Cheney-Besuch den USA gedroht, Riad werde bei einem Bürgerkrieg nach einem US-Abzug aus dem Irak die Sunniten finanziell unterstützen. Die Zeitung beruft sich auf amerikanische Diplomaten. Demnach soll der saudische König Abdullah dem amerikanischen Vizepräsidenten gegenüber die Befürchtung geäußert haben, dass die sunnitische Minderheit von der schiitischen Mehrheit im Irak „abgeschlachtet“ werden könnte. Der König, der ein enger Verbündeter der USA ist, habe sich außerdem für direkte Kontakte zwischen Washington und Teheran ausgesprochen.

Die Konflikte zwischen Iran und den arabischen Staaten stammen, abgesehen von den religiösen Differenzen zwischen Schiiten und Sunniten und abgesehen von territorialen Streitigkeiten, zunächst aus der Zeit der Revolution, als Ägypten dem flüchtenden Schah Zuflucht gewährte. Auch Ägyptens Friedensabkommen mit Israel war den Islamisten schon immer ein Dorn im Auge. Das galt auch für das Verhältnis Saudi-Arabiens und Kuwaits zu den USA. Die Konflikte eskalierten als im achtjährigen Krieg zwischen Iran und Irak sämtliche arabische Staaten mit Ausnahme von Syrien Irak unterstützten.

Die Entwicklungen in Palästina, im Irak und im Libanon haben die Konflikte und Rivalitäten insbesondere zwischen Iran und Saudi-Arabien stark vertieft. Nicht zu Unrecht betrachtet Riad die gesamte Entwicklung in der Golfregion mit großer Sorge, eine Entwicklung,

die Iran in die Position einer regionalen Großmacht gebracht und seinen Einfluss im Nahen und Mittleren Osten erheblich gestärkt hat. Demgegenüber sieht sich Saudi-Arabien, nicht zuletzt wegen innerer Probleme, international immer weiter an den Rand gedrängt.

Es war nicht zu übersehen, dass die Saudis, aber auch die Ägypter im Krieg zwischen Libanon und Israel nicht nur der Hisbollah ihre Unterstützung verweigerten, sondern Presseberichten zufolge, sogar im Geheimen Israel empfohlen hatten, den Krieg erst dann zu beenden, wenn die von Iran unterstützte Hisbollah vernichtet sei. Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien warfen der Hisbollah Abenteuertum vor. Demgegenüber haben alle drei Staaten in den letzten Monaten die Regierung Siniora unterstützt. Auch das Verhältnis Teherans zur palästinensischen Hamas bereitet den arabischen Staaten große Sorgen.

Noch schwerer wiegt für die arabischen Staaten das von der iranischen Staatsführung angekündigte Ziel, einen Block islamischer Staaten bilden zu wollen. Sollte sich auch noch der Verdacht bestätigen, dass Iran nach Nuklearwaffen strebt, wäre eine atomare Großmacht Iran in der Region für die arabischen Staaten eine Horrorvorstellung.

Die einzige Chance, diese Entwicklung aufzuhalten, sehen die arabischen Staaten offenbar in der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Ihrer Meinung nach würde man damit den Radikalisten in Iran und in der gesamten Region den Wind aus den Segeln nehmen. Die verstärkten Friedensbemühungen arabischer Staaten, die häufigen Reisen amerikanischer Regierungsmitglieder (auch Tony Blairs) in den Nahen Osten und schließlich die neuen Friedenstöne aus Tel Aviv deuten auf Bestrebungen in diese Richtung. Auch die Tatsache, dass der alte Friedensplan arabischer Staaten wieder aus der Schublade geholt wurde und sogar Israels Regierung daran Interesse signalisiert hat, zeigt, dass sowohl die USA als auch Israel dabei sind, die so genannten gemäßigten arabischen Staaten zu einer gemeinsamen Front gegen Iran zu bewegen. Es gibt sogar Bemühungen, Syrien durch lukrative Offerten dazu zu bewegen, sein Bündnis mit Iran aufzugeben. (s. auch folgenden Bericht)

### **Blair ruft zum Kampf gegen Radikale in Iran auf**

Der britische Premierminister Tony Blair hat zum Abschluss seiner Nahost-Reise Teheran hart attackiert. Die Regierung in Teheran unterstütze offen den Terrorismus im Irak, schwäche systematisch den Libanon und blockiere einen Frieden zwischen Israel und Palästina, sagte er bei einer Rede am 20. Dezember vor Wirtschaftsvertretern in den Vereinigten Arabischen Emiraten, nachdem er Gespräche in der Türkei, in Ägypten, Israel und den Palästinensergebieten geführt hatte. Er sprach von einem „monumentalen Kampf“ zwischen Demokratie und Extremismus und verlangte von moderaten Kräften in der Region, sich offensiver daran zu beteiligen. Der Kampf zwischen „Gemäßigten und Extremisten“ sei für die Sicherheit der Welt entscheidend. „Wir müssen in der Region und außerhalb ein Bündnis der Gemäßigten mobilisieren und die Extremisten schlagen“, sagte Blair.

„Wir müssen uns der strategischen Herausforderungen stellen, die Iran bedeutet – nicht sein Volk, wahrscheinlich nicht einmal die gesamte Führung, aber diejenigen, die für die gegenwärtige Politik verantwortlich sind“, fuhr Blair fort. Iran „will uns in Libanon, im Irak und in Palästina zurückdrängen“. „Unsere Antwort muss sein, dass wir klar machen, was sie tun, Bündnisse schließen, um das zu verhindern, und dafür sorgen, dass wir sie in der gesamten Region zurückdrängen.“ Dafür „brauchen wir die offene und klare Unterstützung der Länder in dieser Region“.

Blair wies den Vorwurf zurück, Großbritannien und die USA hätten mit ihrer Irak-Politik Extremismus und Terrorismus geradezu geschürt. „Wenn wir etwas falsch gemacht haben, dann dies, dass wir zu wenig entschlossen waren, Veränderungen herbeizuführen und denen zu helfen, die ein besseres Leben wollen.“

### **Mottaki: Backer-Bericht zeigt Fehler der amerikanischen Irak-Politik**

Irans Außenminister Manuchehr Mottaki sagte während seines Aufenthalts in den Niederlanden vor Vertretern der internationalen Presse, der Backer-Bericht zeige deutlich die gravierenden Fehler der amerikanischen Irak-



Politik, die so rasch wie möglich korrigiert werden sollten. Zugleich betonte der Minister die Bereitschaft seines Landes, „alle Bemühungen zur Stabilität, Sicherheit und Wahrung der nationalen Einheit Iraks“ zu unterstützen. Die USA müssten so rasch wie möglich ihre Truppen aus dem Irak abziehen und das Schicksal des Landes den Irakern selbst und ihrer gewählten Regierung überlassen.

Mottaki nahm auch zu möglichen Sanktionen gegen Iran Stellung. In diesem Fall werde Iran sein Atomprogramm verstärkt fortsetzen. Zugleich warnte er alle Staaten, die Sanktionen gegen Iran unterstützen, vor entsprechenden Konsequenzen und Gegenmaßnahmen.

Über die Beziehungen zwischen Iran und den Niederlanden sagte der Außenminister, für die enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten gäbe es viele Bereiche. Auch seien beide Staaten an Sicherheit und Stabilität in Afghanistan und in im Irak interessiert.

#### **Bush lehnt direkte Gespräche mit Iran und Syrien ab**

Trotz der Empfehlungen der Irak-Kommission zu direkten Gesprächen mit Iran und Syrien, hält US-Präsident George W. Bush an seiner ablehnenden Haltung fest. Voraussetzung für ein Gespräch mit der Islamischen Republik sei der Verzicht Teherans auf eine Urananreicherung, sagte Bush am 8. Dezember in Washington. Zudem sollten Iran und Syrien ihre Finanzierung von Terroristen stoppen. Dann könnten sie an der von der Backer-Kommission vorgeschlagenen Internationalen Unterstützungsgruppe für den Irak teilnehmen. „Wenn Syrien und Iran sich diesem Konzept nicht verpflichtet fühlen, brauchen sie gar nicht aufzutauchen“, erklärte der Präsident.

#### **Ahmadinedschad ermuntert Hamas zum Kampf gegen Israel**

Präsident Ahmadinedschad hat beim Besuch des palästinensischen Ministerpräsidenten und Hamas-Politikers Ismail Hanija in Teheran am 9. Dezember die Hamas aufgefordert, den Kampf gegen Israel fortzusetzen. „Die Volksregierung Palästinas sollte Israel niemals anerkennen und ihren legitimen Widerstand bis zur endgültigen Verwirklichung des palästinensischen An-

liegens fortsetzen“, zitierte die iranische Nachrichtenagentur ISNA den Präsidenten. Sein Land werde der Hamas dabei jede Hilfe zukommen lassen, sagte Ahmadinedschad. „Die iranische Nation wird Seite an Seite mit dem palästinensischen Volk stehen, bis Jerusalem befreit ist“. Israel, Hauptverbündeter der USA, verfallende und werde immer schwächer. „Die Verschwörung der Feinde des Islams mit dem Ziel, den Widerstand der palästinensischen Nation zu brechen, wird scheitern.“

Hanija betonte, seine Regierung habe nicht vor, „das Regime anzuerkennen, das Jerusalem besetzt“. Auch werde sie das Recht des palästinensischen Volkes unterstützen, Widerstand zu leisten und die „grausamen und ungerechten“ Verträge mit Israel zu kündigen. Er dankte Iran für die geleistete Hilfe und sagte: „Besonders Ihre mutige Haltung und Ihre Unterstützung der palästinensischen Sache haben unsere Kämpfer ermutigt und sind eine Quelle des Stolzes für die Muslime in der ganzen Welt.“

Laut Hanija hat Iran der palästinensischen Regierung weitere Hilfen von insgesamt 250 Millionen Dollar zugesagt. Teheran wolle unter anderem im neuen Jahr 120 Millionen Dollar an die Hamas-Regierung zahlen, sagte Hanija am 11. Dezember dem Fernsehsender El Arabia. Darüber hinaus wolle Iran in den nächsten sechs Monaten die Gehälter der Angestellten in drei Ministerien zahlen. Insgesamt 60 Millionen Dollar sollten an palästinensische Arbeiter und knapp zwei Millionen an palästinensische Fischer überwiesen werden. Iran hatte bereits 2006 eine Summe in Höhe von 120 Millionen Dollar an die palästinensische Regierung gezahlt, nachdem der Westen aus Protest gegen den Wahlsieg der Hamas seine Hilfe eingestellt hatte. Die USA und Israel werfen Iran vor, Waffen an Hamas zu liefern und ihre Mitglieder militärisch auszubilden.

#### **Intellektuelle fordern Sanktionen und den Boykott Ahmadinedschads**

Hunderte Intellektuelle haben in einem Aufruf vom 14. Dezember an die Politiker Europas appelliert, mit Sanktionen gegen Iran und seinen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad einer von Iran ausgehenden „Gefahr für den Weltfrieden“ entgegenzutreten. Zu den 800 Unterzeichnern gehören der Friedensnobel-



preisträger Elie Wiesel, die Philosophen Bernard-Henri Lévy, Alain Finkielkraut und André Glucksmann und der Essayist Pascal Bruckner.

Die Unterzeichner forderten aus Protest gegen eine Leugnung des Holocaust durch Iran, sämtliche Botschafter der europäischen Staaten aus Teheran abzu-berufen und Ahmadinedschad nicht mehr zu empfangen. Es sollen keine Waffen und keine Atom- und Raketentechnik nach Iran geliefert werden. Weiterhin forderten die Intellektuellen, Iran keine Ölprodukte mehr bereitzustellen und auf jegliche Investitionen in der iranischen Öl- und Gasindustrie zu verzichten.

„Im Iran-Dossier kommen viele Dimensionen zusammen: Atomprogramm, Antisemitismus, terroristische Aktionen und Fanatismus der Apokalypse. Ihre Entwicklung gebärt die Gefahr“, sagte der Philosoph Roger-Pol Driot. Wiesel erklärte: „Werft ihn raus! Ahmadinedschad hat keinen Platz in der Gemeinschaft der internationalen Führer.“ Glucksmann sagte, die „Bombe der islamischen Revolution“ vervielfache „die Risiken der apokalyptischen Entgleisung“.

#### **Reaktionen auf Olmerts Atomwaffenäußerungen**

Iran hat den UN-Sicherheitsrat aufgefordert, auf die Atomwaffen-Äußerungen des israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert zu reagieren. „Dieses Bekenntnis offenbart eine echte Bedrohung der Sicherheit und Stabilität des Nahen Ostens“, sagte ein Sprecher des Außenministeriums am 13. Dezember in Teheran. „Es zeigt die teuflischen Ziele und Verschwörungen dieses Regimes.“ Der UN-Sicherheitsrat müsse nun „effektive und schnelle Maßnahmen ergreifen, um diese ausdrücklichen Bedrohungen zu bekämpfen“, sagte der Sprecher weiter.

Olmert hatte am Rande seines Besuchs in Berlin Israel in einem Atemzug mit den Atomwächtern USA, Frankreich und Russland genannt und damit entgegen der bisherigen Politik offiziell bestätigt, dass sein Land im Besitz von Atomwaffen ist – eine Tatsache, die seit Jahrzehnten bereits bekannt ist.

„Iran empfiehlt, dass der Sicherheitsrat die offenen und echten Bedrohungen durch Atomwaffen in den Vordergrund

rückt und nicht die unrealistischen Themen, die auf seiner Tagesordnung stehen“, sagte der Sprecher.

Auch die Arabische Liga sowie die EU haben Israel zu einer Klarstellung aufgefordert. „Ich denke, dass sich Olmert noch näher erklären müsste, was die Information tatsächlich bedeutet“, sagte der finnische Verteidigungsminister Seppo Kääriäinen der Berliner Zeitung. Die EU werde sehr genau beobachten, welche Reaktion die israelische Erklärung in der Nahost-Region hervorrufen werde. Er hoffe, dass „das internationale Krisenmanagement, das im Sommer in Libanon begann“, ohne Beeinträchtigung fortgesetzt werden könne.

Auch die Arabische Liga forderte die internationale Gemeinschaft auf, Israel zu einer Klarstellung zu drängen. Die Internationale Atomenergiebehörde müsse Druck auf Israel ausüben, damit das Land sein Atomprogramm offen lege, sagte der Berater des Generalsekretärs der Arabischen Liga für palästinensische Angelegenheiten, Mohammad Seih, in Kairo. Jeder wisse, dass Israel über Massenvernichtungswaffen verfüge. „Es ist unabdingbar, dass Israel die internationalen Resolutionen einhält.“

#### **Yad Vashem will Internetseite auf Arabisch und Persisch anbieten**

Die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem hat mit der Ankündigung reagiert, ihre Internetseite teilweise auf Arabisch und Persisch zu übersetzen. Damit wolle man der in islamischen Ländern zunehmenden Leugnung des Völkermords an den Juden begegnen, sagte der Sprecher der Gedenkstätte, Esti Jaari. „Diejenigen, die sich für Geschichte interessieren, können auf diese Weise in Zukunft einen Teil unserer zahlreichen Dokumente betrachten.“ Die Seite ist bereits auf Hebräisch, Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch verfügbar.